

Kapitel 7:

Zusammenfassung und Perspektiven

Children have an enduring sense of diffuse obligation as long as their parents live; but enduring solidarity, if solidarity means close bonds of affection and intimacy, will probably not last long because modern society emphasizes independence between the generations.

Zena Smith Blau (1973: 50)

Lebenslange Solidarität

Die Zitate, die den einzelnen Kapiteln vorangestellt sind, haben eines gemeinsam: sie verweisen mehr oder weniger explizit auf eine Auflösung des Generationenverbandes. Die empirischen Befunde dieser Studie widersprechen diesem Bild klar und eindeutig. Mit der 'Aus-den-Augen-aus-dem-Sinn'-Floskel werden die Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern sicher falsch beschrieben. Generationenbeziehungen sind per se von Ambivalenzen geprägt. Die Generationenambivalenz führt jedoch nicht zu einem Auseinanderleben der Familiengenerationen. Das Autonomieszzenarium entspricht nicht der Realität. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Stichwort 'Lebenslange Solidarität' trifft das Verhältnis der Familiengenerationen viel besser.

Dies wird durch eine ganze Reihe empirischer Befunde eindrucksvoll belegt (die Fülle der Einzelergebnisse soll und kann hier natürlich nicht repliziert werden): Ein Drittel der (40-85jährigen) Eltern mit erwachsenen Kindern lebt mit ihnen im selben Haushalt, vier von zehn wohnen unter demselben Dach, also im selben Haus. Vier von fünf aller nicht mehr im selben Haushalt lebenden erwachsenen Kinder und Eltern wohnen höchstens eine Stunde voneinander entfernt. Neun von zehn Eltern berichten von einem mindestens engen Verhältnis zu ihren erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts. 85 Prozent sehen oder

sprechen sich mindestens einmal pro Woche. Nicht einmal einer von zehn der 40-85jährigen erwähnt Generationenkonflikte.

Thesen wie die von der 'Intimität auf Abstand' (Rosenmayr) oder der 'inneren Nähe durch äußere Distanz' (Tartler) werden damit insofern bestätigt, als daß die meisten erwachsenen Kinder und Eltern nicht mehr im selben Haushalt leben und sich dabei gleichzeitig durch eine große affektive Solidarität auszeichnen. Dennoch wird mit diesen Formeln die familiäre Generationensolidarität tendenziell unterschätzt. Immerhin treffen 'Abstand' und 'äußere Distanz' für eine große Minderheit nicht zu; viele leben weiterhin im selben Haushalt oder Haus. Zudem darf man unter 'Abstand' und 'Distanz' keineswegs größere geographische Entfernungen und seltene Kontakte verstehen. Präziser müßte es heißen: 'Intimität auf kurzer Distanz'.

Zugleich wird belegt, daß Eltern und erwachsene Kinder, auch wenn sie nicht mehr im selben Haushalt leben, weiterhin durch eine Vielzahl von materiellen und emotionalen Unterstützungen miteinander verbunden sind - und sei es 'lediglich' durch Ratschläge und Aufmunterung. Beinahe ein Drittel der Eltern mit erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts unterstützt diese aktuell mit monetären Transfers. Ein Viertel der 40-85jährigen erwachsenen Kinder hilft ihren Eltern oder Schwiegereltern aktuell im Haushalt, auch wenn sie nicht zusammenleben. Wenn bei den Transfers und Hilfeleistungen anstatt von zwölf Monaten ein längerer Zeitraum zugrundegelegt worden wäre, hätten sich noch erheblich höhere Anteile ergeben. Dabei sind private Transfers zuallererst Leistungen zwischen Eltern und Kindern. Andere Verwandte sowie nichtverwandte Personen haben eine wesentlich geringere Chance, Transfers zu erhalten. Sie gewähren auch deutlich seltener Unterstützungen. Bei der emotionalen Verbundenheit liegen die Linienverwandten ebenfalls deutlich vor den anderen Angehörigen. Auch dies unterstreicht die immense Bedeutung der Generationenlinie in Hinblick auf private Solidarität. Wenn man alle Formen funktionaler Solidarität zusammennimmt, erhalten vier von fünf Eltern Unterstützungen von ihren erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts. Über neun von zehn der 40-85jährigen beteuern, daß sie immer einspringen werden, wenn ihre Angehörigen Hilfe benötigen.

In Anbetracht von Thesen wie der Krise und dem Zerfall der Familie, dem Auseinanderleben der Generationen und den ausgeprägten Generationenkonflikten - vom 'Kampf oder Krieg der Generationen' ganz zu schweigen - sind dies in der Tat überraschende Befunde. Intergenerationale familiäre Solidarität gilt für alle Altersgruppen. Sie zeigt sich bei den Beziehungen zwischen Eltern und jungen erwachsenen Kindern, die gerade erst von zu Hause ausgezogen sind, und ebenso bei dem Verhältnis zwischen älteren Kindern und ihren Eltern. Familiäre Generationensolidarität ist tatsächlich lebenslang. Sollte man eine

zusammenfassende Formel finden, könnte man sagen: 'Lebenslange Solidarität auf kurzer Distanz'.

Dennoch darf man nicht diejenigen Generationenbeziehungen vergessen, die nicht in dieses Schema passen. Immerhin ist ein Zehntel der 40-85jährigen mit ihren außerhalb des Haushalts lebenden Eltern weder durch aktuelle monetäre Transfers oder Haushaltshilfen, noch durch häufige Kontakte und auch nicht durch ein Gefühl der Enge verbunden. Diese Personen können damit als relativ entfremdet von ihren *Eltern* eingeschätzt werden. Die entsprechende Quote in Hinblick auf die außerhäusigen erwachsenen *Kinder* liegt jedoch lediglich bei drei Prozent.

Zwischen den Polen 'Solidarität' und 'Autonomie' sind Mischformen denkbar (Dynamik innerhalb sowie Divergenzen zwischen Solidaritätsdimensionen), die man mit dem Begriff 'gebrochene Solidarität' belegen könnte. Dieses Szenarium hat sich wie das Autonomieszenarium nicht als tragfähig erwiesen. Die Befunde zur Generationentypologie belegen, daß Divergenzen zwischen den Solidaritätsdimensionen kaum auftreten. Die Analysen zur Generationendynamik haben zwar eine beeindruckende Lebendigkeit der Beziehungen ergeben, der mittels weiterer Untersuchungen noch nachzugehen sein wird. Ein ausgeprägtes Hin und Her der Generationenbeziehungen zwischen den Polen Autonomie und Solidarität läßt sich jedoch nicht nachweisen. Die Generationendynamik spielt sich in aller Regel innerhalb des Solidaritätsrahmens ab.

Mütter, Töchter, Väter, Söhne

Bei der Untersuchung von familialen Generationenbeziehungen macht es Sinn, zwischen Eltern-Kind- und Kind-Eltern-Verhältnissen zu unterscheiden. Dies zeigt sich zum Beispiel in materieller Hinsicht: Private monetäre Transfers fließen in der Generationenfolge von oben nach unten, d.h., von Großeltern und Eltern an die Kinder und Enkel. Instrumentelle Hilfeleistungen werden hingegen häufiger in der umgekehrten Richtung geleistet. Damit befinden sich viele Mitglieder der mittleren Generation durchaus in einer Sandwichsituation: sie zahlen Geld an die Kinder und helfen ihren Eltern.

Die unterschiedlichen Perspektiven der Eltern und erwachsenen Kinder werden auch dann deutlich, wenn es um emotionale Aspekte des intergenerationalen Verhältnisses geht. Eltern tendieren dazu, daß Ausmaß ihres Verständnisses für die Ansichten der Kinder und ihres gegenseitigen Einvernehmens zu überschätzen. Kinder neigen im Gegenzug dazu, die intergenerationale Solidarität unter- und die Konflikte überzubewerten. Dies zeigt sich daran, daß Eltern die Beziehung zu ihren außerhalb des Haushalts lebenden erwachsenen Kindern prinzipiell als enger wahrnehmen als die Kinder in bezug zu ihren Eltern. Die Längs-

schnittanalysen weisen darauf hin, daß diese Differenz in den letzten Jahren sogar noch größer geworden ist.

Gleichzeitig existieren deutliche Unterschiede zwischen den Generationenverhältnissen von Müttern und Töchtern, Müttern und Söhnen, Vätern und Töchtern sowie Vätern und Söhnen. Frauen unterhalten generell persönlichere und emotional engere Beziehungen. Sie treffen sich bzw. telefonieren häufiger miteinander und berichten prinzipiell von einer größeren Verbundenheit zueinander. Damit halten Frauen viel häufiger als Männer die Familie zusammen und tragen damit wesentlich zur Aufrechterhaltung einer lebenslangen Solidarität bei. Es bedarf einer Reihe von Maßnahmen, daß nicht mehr zusammenwohnende Angehörige weiterhin Verbindung zueinander halten, und es sind insbesondere die Mütter und Töchter, die dafür sorgen.

Das Zusammenwirken von Generation und Geschlecht wird deutlich, wenn man sich die Antworten auf die Frage nach der Beziehungsenge vergegenwärtigt: Mehr als neun von zehn Mütter geben an, daß sie mindestens ein enges Verhältnis zu ihrer Tochter haben. Im Vergleich dazu konstatieren 'lediglich' sieben von zehn Söhnen eine solch enge Beziehung zu ihrem Vater.

Ostdeutsche, Westdeutsche

Ostdeutsche familiäre Generationenbeziehungen werden kurz nach dem Fall der Mauer generell als enger wahrgenommen als westdeutsche. Erklärungen hierfür sind u.a. die geringeren Belastungen der Familie in der DDR aufgrund sicherer Arbeitsverhältnisse, der geringere Altersabstand zwischen Eltern und Kindern, das Fehlen einer 68er Generation, der Rückzug vieler DDR-Bürger ins Private sowie die geringere soziale Mobilität der jüngeren Jahrgänge. Faktoren wie die vielen Scheidungen, die geringere zur Verfügung stehende Familienzeit sowie der geringere Anteil an Kirchenmitgliedern haben sich nur relativ selten in flüchtigeren Eltern-Kind- und Kind-Eltern-Beziehungen niedergeschlagen.

Wenn man die Bedeutung der untersuchten Determinanten für die Generationensolidarität im Sinne einer Rangfolge zwischen Ost- und Westdeutschen vergleicht, ergeben sich mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen. Sowohl für Ost- als auch für Westdeutsche ist keine der vier Determinantengruppen (Opportunitäts-, Bedürfnis-, familiäre und kulturell-kontextuelle Strukturen) die bei weitem wichtigste, und keine von ihnen darf vernachlässigt werden. Dabei spielen die räumliche Entfernung zwischen Kinder- und Elternhaushalten und die Geschlechtsspezifität der Dyade in beiden Landesteilen eine besonders große Rolle. Es zeigt sich aber auch, daß der Lebensstandard bei Westdeutschen stärker ins Gewicht fällt, was auf die geringere soziale Ungleichheit in der DDR zurückgeführt werden kann.

Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen treten natürlich besonders bei den kulturell-kontextuellen Strukturen auf. Dies gilt für die Konfessionszugehörigkeit, aber auch für die Geburtsjahrgangskohorte. So zeigen sich die besonderen Generationenbeziehungen der westdeutschen 68er Generation bei der entsprechenden ostdeutschen Kohorte nicht.

Generationenverhältnisse stellen auch in Hinblick auf die Veränderungen der ostdeutschen Familie im Zuge des Transformationsprozesses ein besonders spannendes und ertragreiches Forschungsfeld dar. Dabei handelt es sich zunächst um die intergenerationalen Beziehungen zwischen 'jungen flexiblen' (erwachsenen) Kindern mit einer geringeren gesellschaftlichen Verwurzelung und Eltern, "die traditionellen soziokulturellen Milieus entstammen" (Kühnel 1990a: 38). Je weiter jedoch das Jahr 1989 zurückliegt, um so mehr beinhalten ostdeutsche Generationenbeziehungen das Aufeinandertreffen von Familienmitgliedern mit einer DDR-Sozialisation und solchen Angehörigen, die in der 'neuen' Bundesrepublik aufgewachsen sind.

Man würde allerdings einen Fehler machen, wenn man aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen, denen Ostdeutsche ausgesetzt sind, eine besonders große Instabilität und Verflüchtigung der Generationenbeziehungen unterstellen würde. Es ist vielmehr das Gegenteil der Fall. Zwar ging die Geburtenziffer dramatisch zurück. Bei Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern sind solch drastische Veränderungen hingegen nicht zu verzeichnen. Ostdeutsche weisen im Vergleich mit Westdeutschen nicht nur kurz nach dem Fall der Mauer engere Generationenverhältnisse auf, sondern sie berichten auch im Zeitverlauf wesentlich seltener von flüchtiger gewordenen und deutlich häufiger von engeren Beziehungen. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte in der besonderen Bedeutung der Familie in der DDR liegen, so daß Ostdeutsche den neuen Belastungen einen vergleichsweise großen Familienzusammenhalt entgegensetzen können. Der Druck auf die ostdeutsche Familie wird durch die früheren Erfahrungen abgefedert, wobei der Unsicherheiten generierende Transformationsprozeß oft sogar zu einem größeren Familienzusammenhalt beiträgt. Insofern fungiert die Familie nach dem Mauerfall - ähnlich wie in der DDR - als Rückzugsraum und Spannungsausgleich. Gleichzeitig gibt es aber auch eine etwa gleich große Gruppe mit flüchtigeren Generationenverhältnissen, was die These von der ambivalenten Entwicklung unterstreicht. Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen ist dabei die direkte Betroffenheit von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, also Arbeitslosigkeit und die Angst vor dem Stellenverlust.

Auch wenn sich ostdeutsche Generationenbeziehungen im Untersuchungszeitraum von fünf Jahren als vergleichsweise stabil erwiesen haben, so ist doch auf lange Sicht damit zu rechnen, daß sie insgesamt etwas lockerer werden. Neben den bereits genannten Unsicherheiten und Problemen zeichnen sich langfristig neue Konfliktpotentiale ab. Die zügigere Anpassung der jüngeren Ostdeutschen

an westliche Lebensstilmuster kann zu Entfremdungen führen. Zudem ist eine spätere, im Augenblick noch aufgeschobene Auseinandersetzung mit der politischen und gesellschaftlichen Aktivität oder Passivität der Eltern(generation) zu DDR-Zeiten und danach (Stichwort 'Wendehälse') nicht auszuschließen. Dabei müssen keine offenen Konflikte zutage treten, sondern es kann sich vielmehr ein stillschweigendes und unspektakuläres Auseinanderleben der Generationen ergeben.

Trotzdem ist zu bezweifeln, daß ostdeutsche und westdeutsche Generationenbeziehungen in absehbarer Zukunft nicht mehr unterscheidbar sein werden. Ein wichtiger Grund hierfür sind langfristige Sozialisationsfolgen. Immerhin werden sich auch die potentiell flexibleren jüngeren Ostdeutschen, die in der 'neuen' Bundesrepublik sozialisiert wurden bzw. werden, weiterhin mit einer Eltern-generati-on auseinanderzusetzen haben, deren Sozialisation und Familienerfahrungen von den Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik geprägt sind.

Familiale Solidarität, soziale Ungleichheit

Zwischen familialer Solidarität und sozialer Ungleichheit existiert ein prekäres Verhältnis. Die extensive Forschung über intergenerationale Mobilität hat eindrucksvoll gezeigt, daß es schichthöheren Eltern häufig gelingt, ihren Kindern wiederum höhere soziale Positionen zu verschaffen. Soziale Ungleichheit in der Elterngeneration wird zu sozialer Ungleichheit in der Kindergeneration. An sich willkommene intergenerationale Solidarität hat somit unwillkommene Folgen auf der gesellschaftlichen Ebene.

Da die monetären (inter-vivos-) Transfers vor allem von Älteren an Jüngere fließen und Eltern eher bedürftige Kinder unterstützen, können diese Leistungen durchaus zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung beitragen. Private Generationentransfers kommen insbesondere solchen erwachsenen Kindern zugute, die sich in der Ausbildung befinden oder arbeitslos sind. Kurzfristig wird dadurch die intragenerationale Ungleichheit zwischen noch Auszubildenden und bereits Erwerbstätigen verringert. Wenn jedoch finanzielle Hilfen z.B. während des Studiums den Kindern vermögender Eltern auf lange Sicht bessere Berufschancen eröffnen, tragen solche privaten Transfers letztendlich zu einer Vergrößerung und Verfestigung der sozialen Ungleichheit zwischen begünstigten und nicht begünstigten erwachsenen Kindern über den Lebenslauf bei. Reiche Eltern sind eine wichtige Ressource für ihre Kinder; die Nachkommen ärmerer Eltern können hierauf deutlich seltener zurückgreifen. Aufgrund des fortschreitenden Rückzugs des Wohlfahrtsstaates werden private Generationentransfers damit zu einem immer wichtiger werdenden soziologischen Thema (s. Walter 1997: 84).

Noch frappanter ist der Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Vererbung. Erbschaften sind ein tabuisiertes Thema. Die Beschäftigung damit führt jedoch zu eindrucklichen Erkenntnissen. Beinahe 60 Prozent der 40-85jährigen Deutschen in der Bundesrepublik haben bereits etwas geerbt oder erwarten noch eine Erbschaft. Lediglich vier Prozent erben jedoch ein Vermögen, das mindestens eine halbe Million Mark beträgt. 17 Prozent erhalten mindestens 100 000 DM. Erbschaften vergrößern die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft. Sie bevorteilen Personen aus höheren Bildungsschichten und benachteiligen diejenigen, die es von Haus aus ohnehin wesentlich schwerer haben, höhere soziale Positionen zu erreichen. Akademiker haben eine doppelt so große Chance wie Hauptschulabgänger, bereits etwas geerbt zu haben, und sie weisen eine über dreimal so hohe Wahrscheinlichkeit auf, in Zukunft (noch) etwas zu erhalten. Wenn man durchschnittliche Erbschaftshöhen unter Einschluß der Nichterben betrachtet, erhalten Akademiker zweieinhalb mal soviel wie Hauptschulabgänger. Hier wirkt das Matthäus-Prinzip: "Wer hat, dem wird gegeben". Insofern vergrößert sich die soziale Ungleichheit in einer Meritokratie wie der Bundesrepublik Deutschland um so mehr, je mehr vererbt wird. Dies gilt vor allem dann, wenn bereits geerbte Vermögen weitervererbt werden - also spätestens dann, wenn die Enkel der Wirtschaftswundergeneration den Familienbesitz übernehmen.

Mit dem Alters-Survey konnten erstmals empirische Analysen über Vererbungen von Ostdeutschen durchgeführt werden. Die erheblich niedrigere Vermögensausstattung wirkt sich erwartungsgemäß deutlich auf die Erbschaftschancen und -höhen aus. Über die Hälfte der Westdeutschen erbt mindestens 5 000 DM. Dies trifft noch nicht einmal für ein Drittel der Ostdeutschen zu. Jeder fünfte Westdeutsche erbt mindestens 100 000 DM - bei den Ostdeutschen ist es nur jeder Zwanzigste. Westdeutsche erben dreieinhalb mal soviel wie Ostdeutsche.

Familiale Solidarität reproduziert somit nicht nur soziale Ungleichheit, sondern sie vergrößert sie sogar. Kinder schichthöherer Eltern gehen eher auf das Gymnasium, machen eher das Abitur, besuchen eher eine Hochschule, erhalten von den Eltern während des Studiums eher finanzielle Unterstützungen, erreichen statushöhere Berufe, heiraten statushöhere Partner, erhalten von ihren Eltern eher größere Schenkungen und machen schließlich häufiger - und vor allem höhere - Erbschaften. Familiengenerationen rücken damit auch durch Vererbungen näher zusammen (weil sie erben bzw. weil sie nichts erben), aber intragenerational vergrößern sich die sozialen Gegensätze. Auch wenn Vererbungen den Erben erst relativ spät im Leben zugute kommen, stellen sie beträchtliche Zuwächse des bereits vorhandenen Vermögens dar. Zwischen Frauen und Männern ergeben sich nur geringe Unterschiede bei den bisherigen Erbschaften; um so größer fallen die Differenzen zwischen den sozialen Schichten sowie zwischen Ost- und Westdeutschen aus.

Inwiefern wirken sich Erbschaften auf die zukünftige soziale Ungleichheit aus? Ich möchte versuchen, diese Frage anhand von spekulativen Thesen zu vier Aspekten sozialer Ungleichheit zu beantworten, nämlich Ungleichheit zwischen ökonomischen Generationen, zwischen Ost- und Westdeutschen, zwischen Frauen und Männern sowie zwischen sozialen Schichten.

Zur Ungleichheit zwischen **ökonomischen Generationen**: Wenn man das Bild von der Erbschaftswelle ernst nimmt, müßten Vererbungen nach dem Erreichen des Wellenkamms wieder zurückgehen. Damit dürfte die gegenwärtige Erbengeneration - die sich zu einem großen Teil aus der 68er Generation zusammensetzt - nicht nur im Vergleich mit vorherigen, sondern auch mit nachfolgenden Geburtsjahrgängen bevorzugt sein. Dies ist in der Tat nicht unwahrscheinlich. Die 68er Generation ist in ökonomischer Hinsicht eine besonders glückliche Generation. Sie hat vom wirtschaftlichen Nachkriegsaufschwung profitiert, sie hatte ein geringes Risiko, nach der Ausbildung ohne Beschäftigung zu sein bzw. arbeitslos zu werden, sie profitiert heute von sicheren Normalarbeitsverhältnissen und wird in Zukunft auf sichere Renten zurückgreifen können. Darüber hinaus ist sie auch in puncto Vererbung bevorteilt. Bei der 68er Generation handelt es sich nicht nur um eine politische, sondern auch um eine ökonomische Generation. Die empirischen Analysen legen nahe, daß die 68er Generation deutlich mehr geerbt hat als die vorherigen Altersgruppen. Die Eltern der 68er - sofern die Väter nicht im Krieg gefallen sind - konnten während der Nachkriegszeit ein immenses Vermögen aufbauen, wobei sie sich auch noch stark einer auf Verzicht und Sparen ausgerichteten Werthaltung verpflichtet fühl(t)en.

Man darf das Bild von der Erbschaftswelle nicht zu sehr strapazieren. Nach dem Wellenkamm folgt kein neues Wellental. Auch den Kindern der heutigen Erbengeneration werden große Nachlässe zufallen. Dies gilt um so mehr, wenn sie sowohl die Vermögen ihrer Eltern als auch die ihrer Großeltern übernehmen. Zudem kommen aufgrund der demographischen Entwicklung auf immer mehr ältere Erblasser immer weniger junge Erben. Die geringere Geschwisteranzahl aufgrund der gesunkenen Fertilität führt zu einer geringeren Erbteilung und somit zu einer größeren Erbschaftskonzentration auf wenige Erben. Es spricht aber auch einiges dafür, daß die Kinder der 68er von ihnen etwas weniger erben werden:

1. Was die 68er Generation bereits erlebt, wird für ihre Kinder noch stärker zutreffen: die Erbschaft erfolgt relativ spät im Leben, so daß damit häufig 'nur' noch ein abgesicherter Ruhestand erreicht wird.

2. Dadurch werden die Erblasser weniger daran interessiert sein, ihre Rentner-Kinder zu unterstützen. Sie werden vielmehr erwägen, die nächste Generation zu überspringen und vermehrt ihre Enkel bedenken (s. Finch 1996: 127ff.). Derselbe Effekt tritt ein, wenn die Kinder der 68er aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters ihr Erbe gleich an ihre Kinder weiterreichen. Die Enkel würden

damit vergleichsweise frühzeitig in den Genuß des Vermögens der 68er Generation kommen.

3. Die 68er haben gegenüber ihrem Vermögen eine andere Einstellung als noch ihre Eltern. Man kann davon ausgehen, daß die 68er weniger strikt sparen und einen größeren Teil ihres Vermögens selbst verbrauchen. Nicht umsonst entdecken Werbestrategen die 'neuen' und zukünftigen Alten als wichtige Konsumentengruppe (z.B. Sosalla, Thelen 1997). Konsum wird wichtiger, Sparen wird unwichtiger. Dies gilt auch dann, wenn man sein Vermögen weniger als zukünftigen Nachlaß für die Kinder denn als Garant eines eigenen angemessenen Lebensabends begreift - frei nach dem Motto "I'm Spending My Kids' Inheritance" (Rosenfeld 1995: 536). Immerhin bestehen Nachlässe nicht zuletzt aus übriggebliebenen Ersparnissen aufgrund der Unkenntnis der eigenen Lebensdauer (Modigliani 1988, Wilk 1995: 57f.). Der stärkere Anstieg des Geldvermögens im Verhältnis zu anderen Vermögensarten spricht ebenfalls für einen größeren Eigenkonsum. Insbesondere selbstgenutzte Immobilien werden vergleichsweise selten zur Befriedigung von zusätzlichen Konsumbedürfnissen verwandt und dementsprechend besonders häufig vererbt (Wilk 1995: 59).

4. Die 68er *wollen* im Alter nicht nur mehr von ihrem Vermögen ausgeben, sie *müssen* es auch. Wenn die Renten sinken (oder real weniger stark steigen) und die Älteren sich stärker als bisher an den Gesundheitskosten beteiligen müssen, bleibt weniger zum Vererben übrig (eine Ausnahme stellen Pflegebedürftige dar, die ihr Vermögen aufgrund der Pflegeversicherung weniger stark angreifen müssen, als dies bisher der Fall war). Auch die längere Lebenserwartung trägt dazu bei, daß das angesammelte Vermögen stärker angegriffen wird als früher. Wenn beispielsweise Witwen ihren Ehemann deutlich länger überleben als früher - und nach dem Tod häufiger neue Beziehungen eingehen - verringert sich entsprechend das Erbe für die Kinder (Rosenfeld 1995: 536). Es ist außerdem zu erwarten, daß die 68er Generation zu Lebzeiten mehr monetäre Transfers an ihre Kinder leisten muß als ihre Eltern an sie selbst. Das Zurückfahren des Sozialstaates sowie größere Eigenbeteiligungen bei den Ausbildungskosten führen dazu, daß private Generationentransfers zu Lebzeiten an Bedeutung gewinnen - und somit ebenfalls die Erbmasse verringern. Das Argument, daß letztendlich die Kinder die Nutznießer sind, überzeugt hier nicht, da bei einer Verringerung der öffentlichen Unterstützungsleistungen *zusätzliche* Kosten auf die Erblasser zukommen.

5. Ein großer Teil des vererbten Vermögens besteht aus Wohneigentum. Der Wert der (geerbten) Immobilie hängt auch vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Immobilienmarkt ab. Wenn viele Erblasser (geburtstarke Jahrgänge) viele Häuser und Eigentumswohnungen relativ wenigen Erben (geburtsschwache Jahrgänge) vermachen, die zudem häufig bereits selbst eine Wohnung besitzen, sinken die Immobilienpreise - die Erbschaft hat also einen

geringeren Wert. Ähnliches gilt prinzipiell auch für Geldvermögen, das dem Kapitalmarkt angeboten wird (vgl. Schlomann 1992).

6. Die Pluralisierung von Lebensformen führt insgesamt ebenfalls zu kleineren Erbschaften. Zwar werden manche erwachsene Kinder aus Scheidungsfamilien sogar bevorteilt, wenn sowohl die leiblichen als auch neu hinzugewonnene Stiefeltern als Erblasser zur Verfügung stehen. Dafür werden jedoch die Kinder alleinerziehender Mütter besonders wenig bekommen. Immerhin geht damit ein erhebliches Armutrisiko einher, und der abwesende Vater verfügt aufgrund neuer Beziehungen und Wiederheirat mit u.U. weiteren Kindern über geringere Ressourcen für seine Erstfamilie. Allerdings werden Kinder geschiedener Eltern immer noch mehr erben als die von Kriegswitwen.

7. Die Erbschaftshöhe hängt nicht zuletzt von den Erbschaftssteuern ab. Diese sind durch die rückwirkend zum 1. Januar 1996 geltende Reform der Erbschaftsteuer bereits angehoben worden, und es spricht einiges dafür, daß sie in Zukunft weiter steigen wird. Gründe hierfür liegen im weiter wachsenden Finanzbedarf der öffentlichen Hand (z.B. aufgrund der steigenden Staatsverschuldung und Rentenausgaben), im gegenwärtig niedrigen Erbschaftssteuerniveau sowie in - mit gutem Grund - zu erwartenden Bestrebungen, die Vergrößerung sozialer Ungleichheit durch Vererbung in gewissen Grenzen zu halten.

Man kann davon ausgehen, daß sich die erbschaftsbedingte Ungleichheit zwischen **Ost- und Westdeutschen** in der nächsten Zeit weiter vergrößern wird. Zwar existieren für Ostdeutsche seit der Wiedervereinigung größere Chancen zur Vermögensbildung. Es wird jedoch noch lange Zeit dauern, bis eine Einbnung dieser Ost-West-Differenzen eintreten wird - auch aufgrund von Erbschaften. Ostdeutsche verfügen über wesentlich geringere private Vermögen, sie sind deutlich seltener Immobilienbesitzer und Firmeninhaber, sie erreichen geringere Einkommen, und sie sind häufiger arbeitslos. Zukünftige Nachlässe von Ostdeutschen werden somit im Vergleich mit denen von Westdeutschen weiterhin deutlich kleiner ausfallen. Die westdeutschen Erbengenerationen werden ihren Vorsprung gegenüber den entsprechenden ostdeutschen Altersgruppen weiter ausbauen.

Dennoch werden Erbschaften immer wichtiger für ostdeutsche Familienbeziehungen. In der Deutschen Demokratischen Republik waren z.B. zu vererbende Immobilien weniger bedeutsam. Konflikte zwischen Familienmitgliedern über die zu erwartenden Erbschaften hielten sich somit in Grenzen. Nach dem Zusammenbruch der DDR ist - bei gleichzeitig zunehmenden ökonomischen Problemen - der Wert der Immobilien stark gestiegen, so daß familiäre Auseinandersetzungen über Erbschaftsfragen bereits zugenommen haben und weiter zunehmen werden.

Es spricht einiges dafür, daß sich die Erbschaftshöhen von **Frauen und Männern** weiter angleichen werden. Eine Ursache hierfür sind geringere Geschwi-

sterzahlen. Wenn weniger Brüder als Konkurrenten in Erscheinung treten, profitieren die Töchter. Gleichzeitig ändern sich die entsprechenden Werthaltungen und Einstellungen, und zwar besonders in den Schichten, die aufgrund ihrer großen Vermögen viel zu vererben haben.

Zukünftige Erbschaften werden die Diskrepanzen zwischen **sozialen Schichten** weiter erheblich vergrößern. Einerseits haben die empirischen Analysen gezeigt, daß gerade diejenigen in Zukunft Erbschaften erwarten, die bereits etwas geerbt haben. Andererseits wird die soziale Ungleichheit besonders dann zunehmen, wenn die Kinder von Erben wiederum selbst erben. Dann wird nämlich nicht nur das selbst erarbeitete Vermögen der Eltern übertragen, sondern zusätzlich dazu auch noch das der früher verstorbenen Großeltern. Die schichtspezifische Ungleichheit wird aber auch zunehmen, weil höher Gebildete a) weniger Kinder haben und somit ihr Vermögen nicht auf viele Kinder verteilen müssen, b) weil die Partner schichthöherer Kinder wiederum schichthöhere Kinder sind, so daß diese Haushalte doppelt erben und c) weil von der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere der von Frauen in höherqualifizierten Berufen besonders höhere soziale Schichten profitieren. D.h., die Kinder hochqualifizierter Doppelverdiener mit wenigen Nachkommen werden in Zukunft noch mehr erben als Kinder weniger privilegierter sozialer Schichten. Übrigens legt auch ein Vergleich der Determinanten für bisherige und zukünftige Erbschaften (Tabellen 4.7 und 4.8) nahe, daß sowohl die Schicht- als auch die Ost-West-Differenzen zunehmen werden.

In Zukunft werden Vermögen zwar häufiger als bisher nicht intergenerational bzw. intrafamiliar vererbt werden. Ein Grund hierfür sind sinkende Geburtenziffern und die wachsende Anzahl Kinderloser (vgl. Schlomann 1992, Rosenfeld 1995). Neben Freunden wird das vererbte Vermögen vermehrt gemeinnützigen Organisationen wie Bildungs- und Kultureinrichtungen, Stiftungen und Umweltverbänden zugute kommen. Es wird jedoch eine noch stärkere Konzentration des vererbten Vermögens erfolgen, da Kinderlose nun ihre anderen Verwandten, insbesondere Nichten und Neffen, bedenken, die außerdem noch ihre Eltern beerben. Da es immer mehr Ältere und immer weniger Junge gibt, erhalten immer weniger Erben immer höhere Summen. Vererbung wird zu einem immer wichtigeren Faktor sozialer Ungleichheit.

Damit stellt sich die Frage nach ungleichheitsreduzierenden Maßnahmen. So willkommen Erbschaften auch im Einzelfall sein mögen und so verständlich es ist, daß Eltern ihr gesamtes Vermögen an ihre Nachkommen weitergeben wollen, so spricht doch einiges dafür, die Erbschaftshöhe einzuschränken. Ein probates Mittel hierfür sind höhere Erbschaftssteuern (derzeit werden z.B. für Ehegatten, Kinder und Enkel Freibeträge in Höhe von jeweils 600 000, 400 000 und 100 000 DM gewährt, wobei der Wert von vererbten Immobilien stark unterschätzt wird, so daß die tatsächlichen Freibeträge noch weitaus höher lie-

gen. Darüber hinausgehende Beträge werden mit Steuern belegt, die beispielsweise bei 100 000 DM sieben Prozent, bei 500 000 DM 11 Prozent und bei einer Million DM 15 Prozent ausmachen). Solange Vermögen ohne größere Abstriche weitervererbt wird, öffnet sich die Schere zwischen den sozialen Schichten sowie zwischen Ost- und Westdeutschen immer weiter, wodurch sich auch die Gefahr sozialer Spannungen erhöht. Immerhin geht der ererbte Reichtum nicht auf eine entsprechende eigene Arbeitsleistung zurück, sondern kommt den Erben ohne adäquate Anstrengungen zugute. Die bisherige Verteilung von Erbschaften verletzt alle drei basalen Gerechtigkeitsprinzipien, nämlich das Leistungs-, Gleichheits- und Bedürfnisprinzip. Eine stärkere 'Vergesellschaftung' von Vermögen über höhere Erbschaftssteuern würde dem entgegenwirken, wobei die zusätzlichen Steuereinnahmen sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Man könnte argumentieren, daß eine Erhöhung der Erbschaftsteuer lediglich dazu führen würde, daß die Vermögen bereits zu Lebzeiten übertragen werden. Dagegen spricht allerdings, daß Eltern aus verschiedenen Gründen (Abschnitt 4.3) daran interessiert sind, ihren Besitz möglichst lange zu behalten. Zudem sind auch Schenkungen nicht steuerfrei und besonders bei Immobilienübertragungen auch sichtbar. Nichtsdestotrotz sollte eine Maßnahme wie die Erhöhung der Erbschaftsteuer mit damit zusammenhängenden Steuern abgestimmt werden, um nichtintendierte Nebeneffekte zu vermeiden. Gleichzeitig wäre darauf zu achten, die Steuerbelastung bei geerbten Firmen in Grenzen zu halten. Übrigens lassen sich Erbschaftssteuern eher als Vermögenssteuern rechtfertigen, da erstere in der Regel auf nicht selbst erarbeitetem Besitz beruhen.

Familiale Solidarität, gesellschaftliche Solidarität

Familiale und gesellschaftliche Generationen sind auf vielfältige Weise miteinander verbunden. Die Erbgenerationen sind nur ein Beispiel. Eine weitere Verknüpfung erfolgt über Transfers zu Lebzeiten. Private Generationentransfers fließen in umgekehrter Richtung wie die öffentlichen. Der öffentliche Generationenvertrag mit den Transfers der jungen Beitragszahler an die älteren Rentempfänger stellt damit die Basis dar für private Unterstützungsleistungen von Eltern an ihre erwachsenen Kinder.

Dies hat eine Reihe von Folgen, und zwar sowohl für die Familie als auch für die Akzeptanz des öffentlichen Generationenvertrages durch die Beitragszahler. Die öffentlichen Transfers sorgen dafür, daß die erwachsenen Kinder ihre Eltern gesichert wissen. Durch die Vermeidung ökonomischer Bedürftigkeit wird die Position der Älteren innerhalb der Familie gestärkt, was innerfamiliäre Konfliktpotentiale aufgrund ökonomischer Abhängigkeit reduziert. Gleichzeitig ermöglicht der Generationenvertrag den Älteren, ihre Nachkommen zu unterstützen - beispielsweise wenn sich diese in der Ausbildung befinden, arbeitslos sind oder

eine Familie bzw. einen eigenen Betrieb gründen. Die öffentlichen Transfer-systeme unterstützen damit die Familie auf vielfältige Weise: Die Familie wird von Versorgungsaufgaben entlastet, und der Generationenvertrag trägt zu einer Zunahme familialer Solidarität und der Integration ihrer Mitglieder bei.

Eine noch weitergehendere mögliche Hypothese, nämlich daß beitragszahlende Erwerbstätige den öffentlichen Generationenvertrag gerade deshalb akzeptieren, weil sie kurzfristig beträchtliche private Transfers zurückerhalten, wird durch die empirischen Befunde allerdings nicht gestützt. Erstens fallen die von den Eltern geleisteten privaten Transfers an ihre erwachsenen Kinder mit rund 5 000 DM im Jahr im Vergleich mit den Beiträgen, die im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung transferiert werden, eher bescheiden aus. Zweitens beteiligen sich rund 70 Prozent der Eltern zumindest im selben Jahr nicht an dieser 'Rückfinanzierung'. Drittens erhalten gerade die derzeit beitragszahlenden Erwerbstätigen verhältnismäßig selten Transfers zurück, weil die Leistungen häufiger an diejenigen gehen, die sich noch in Ausbildung befinden oder arbeitslos sind. Dennoch kann ein aktuell erwerbstätiger Beitragszahler durchaus damit rechnen, z.B. bei einer Arbeitslosigkeit private Unterstützungsleistungen von den Eltern zu erhalten.

Ein 'Krieg der Generationen' aufgrund einer schwindenden Akzeptanz des Generationenvertrages ist jedenfalls nicht in Sicht. Er wird nicht nur akzeptiert, weil die Beitragszahler selbst Ansprüche erwerben und die Älteren nicht als Konkurrenten um knappe Arbeitsplätze fürchten müssen. Wenn zudem die Akzeptanz des wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungsarrangements auch von der Qualität der familialen Generationenverhältnisse abhängt, gibt die ausgeprägte familiäre Generationensolidarität ebenfalls Anlaß zum Optimismus.

Es besteht jedoch die Gefahr, daß Leistungsreduzierungen der gesetzlichen Rentenversicherung (die Basis für) private Generationentransfers schmälern. Eine Verringerung der intergenerationalen öffentlichen Transfers mit der Folge sinkender Alterseinkommen würde zu Kürzungen der privaten Transfers führen, so daß damit nicht nur die Situation der älteren, sondern auch die der jüngeren Generation verschlechtert wird. Familiäre Versorgungsleistungen in prekären Lebenssituationen (z.B. Ausbildung und Arbeitslosigkeit) würden eingeschränkt - mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Familienbeziehungen und die Akzeptanz des öffentlichen Generationenvertrages. Immerhin legen die Befunde nahe, daß eine ökonomische Bedürftigkeit mit weniger engen familialen Generationenbeziehungen einhergeht.

Wie werden sich die intergenerationalen Beziehungen in der Familie zukünftig gestalten? Wird sich die nachgewiesene Solidarität als durchgehend stabil erweisen, oder existieren Gegentendenzen, die in Richtung 'gebrochene Solidarität' oder gar Generationenautonomie weisen? Prognosen für die Zukunft anzustellen ist prinzipiell nicht einfach. Abschließend läßt sich jedoch die folgende These

formulieren: Die familiäre Generationensolidarität wird sicher nicht in ein generelles Auseinanderleben umschlagen. Sie ist allerdings einer Reihe von Herausforderungen ausgesetzt, die zu einer tendenziellen Abschwächung der intergenerationalen Familiensolidarität beitragen werden.

Auf Gründe für eine langfristige Abnahme der ausgeprägten Solidarität in ostdeutschen Familien wurde bereits hingewiesen. Aber auch Beziehungen zwischen westdeutschen erwachsenen Kindern und Eltern stehen vor Herausforderungen. Die 'Atmosphäre von Entsolidarisierung', der nicht zuletzt die westdeutsche Gesellschaft ausgesetzt ist, führt zu brüchigeren Generationenbeziehungen. Immerhin berichten besonders westdeutsche erwachsene Kinder eher von einem lockereren denn von einem enger gewordenen Verhältnis zu ihren Eltern in den letzten fünf Jahren. Gleichzeitig stehen weniger erwachsene Kinder ihren Eltern potentiell für Hilfeleistungen zur Verfügung.

Es gibt wenige Anzeichen dafür, daß sich dieser Trend in der nächsten Zeit wieder umkehrt. Eher im Gegenteil: Die Folgen der flexibilisierten Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit, Angst vor dem Stellenverlust, gestiegene Anforderungen auf dem Arbeitsplatz und geographische Mobilität schwächen langfristig die Bindungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Zunehmende Scheidungen und Alleinerziehendenquoten führen zu zunehmend brüchigen Generationenbeziehungen zum abwesenden Elternteil. Die Pluralisierung von Familienformen führt zu einer Pluralisierung von Generationenbeziehungen unter Erwachsenen. Mehr Kinderlosigkeit bedeutet auch, daß immer mehr Menschen keine familialen Beziehungen zur nachwachsenden Generation erleben.

Wenn die familiäre Generationensolidarität abnimmt, dürfte dies auch Auswirkungen auf die Akzeptanz des öffentlichen Generationenvertrages haben. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen und familialen Generationen führt dann zur wechselseitigen Zunahme einer Entsolidarisierung: Die gesellschaftlichen Entwicklungen fördern eine Verringerung der familialen Solidarität, und ein tendenzielles Auseinanderleben der Familiengenerationen erhöht die Skepsis der jungen Erwerbstätigen gegenüber dem öffentlichen Generationenvertrag. Die Entwicklung der familialen Generationensolidarität ist in der Tat ein Frühwarnindikator für gesamtgesellschaftliche Probleme.